



Medienmitteilung

Sperrfrist 10. Januar 2023, 11:30 Uhr

EMEK empfiehlt Systemwechsel bei der Schweizer Medienförderung

Technologieneutrale Ausrichtung statt Posttaxen-Verbilligung und Abgabensplitting

Bern/Biel, 10. Januar 2023 Die Eidgenössische Medienkommission (EMEK) sieht angesichts der sich stark veränderten Produktions-, Distributions- und Nutzungsrealitäten in einer digitalen Medienwelt keine Zukunft für eine technologie- und gattungsorientierte Medienförderung. Im Einklang mit früheren Stellungnahmen, aber mit einer deutlichen Akzentsetzung, empfiehlt die EMEK daher einen Systemwechsel. Sie hat dazu ein Positionspapier veröffentlicht.

Neu sollen alle privaten Medien unabhängig von Distributionskanal oder Gattung Fördergelder erhalten können, sofern sich ihre journalistischen Inhalte an eine breite Öffentlichkeit richten und sie sich freiwillig auf die Einhaltung der Branchenselbstregulierung verpflichten. Somit werden alle privaten journalistischen Angebote gleichbehandelt, unabhängig, ob sie gedruckt, gestreamt, als Text-, Video- oder Audiobeitrag vertrieben werden. Die derzeit praktizierte Verbilligung der Posttaxen bei der Frühzustellung von gewissen Zeitungen oder das Abgabensplitting für einige Privatrado- und -fernseher sollen durch das neue System abgelöst werden.

Nutzung ins Zentrum rücken

«Wir sind überzeugt davon, dass es in der Schweiz angesichts der wirtschaftlich schwierigen Lage insbesondere von Regional- und Lokalmedien notwendig ist, neben der SRG auch private Anbieter journalistischer Inhalte mit öffentlichen Geldern zu fördern», sagt die Kommissionspräsidentin Anna Jobin. Diese sollten aber frei entscheiden können, wie sie die Bevölkerung mit ihren Inhalten erreichen wollen. Mit Blick auf die Zielsetzung der Förderung, demokratierelevante Informationen möglichst breit verfügbar zu halten, sei egal, in welcher Form dies geschehe. Damit rückt die EMEK die Nutzung ins Zentrum ihrer Überlegungen.

Die Kommission sieht konkret drei Bereiche, bei der dieser Förderansatz angewandt werden kann: Erstens bei allgemeinen Massnahmen zur Stärkung der Branche; zweitens bei der Unterstützung des Betriebs privater und besonders regionaler journalistischer Angebote; und drittens bei der Unterstützung von Projekten privater journalistischer Angebote wie lokale Startups und Innovationsprojekte von Medien. Die Kommission spricht sich weiter für einen unabhängigen, durch öffentliche Mittel geförderten nationalen Service public aus, der im Gegenzug für die Finanzierung aus der Medienabgabe einen konvergenten Leistungsauftrag zu erbringen hat.



Medienmitteilung • Die EMEK empfiehlt einen Systemwechsel bei der Schweizer Medienförderung

Staatsferne Mittelvergabe sicherstellen

«Es ist völlig klar, dass ein solcher Systemwechsel nicht von heute auf morgen erfolgen kann und rechtlicher Anpassungen bedarf. Und es sind Übergangsmassnahmen notwendig für Medien, die bereits von Förderung profitieren» erläutert Jobin. Auch müsse die Höhe der Förderbeiträge politisch ausgehandelt werden.

Die EMEK erneuert aber ihre bestehende Forderung, eine Medienförderung zwingend staatsfern auszugestalten und keine Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme auf redaktionelle Entscheidungen zu eröffnen. Der vorgeschlagene Systemwechsel sei daher auch die Gelegenheit, die Zuständigkeit für die Vergabe der Mittel einer von politischen Einflüssen möglichst unabhängigen Stelle zu übertragen, wie etwa einer Stiftung, einer staatsfernen Medienregulierungsbehörde oder einem Beirat.

Der Bericht « Zukunft der Schweizer Medienförderung – Impulse für eine technologieneutrale Unterstützung privater journalistischer Angebote» kann am 10. Januar 2023 (11:30 Uhr) unter folgendem [Link](#) abgerufen werden.

Für Rückfragen steht die EMEK gerne zur Verfügung. Bitte nehmen Sie für die Koordination Kontakt auf mit Martina Leonarz, Fachsekretariat martina.leonarz@bakom.admin.ch.

Die Eidgenössische Medienkommission ist eine 2012 vom Bundesrat ins Leben gerufene ausserparlamentarische Expertenkommission. Sie berät weisungsungebunden den Bundesrat und die Verwaltung in Medienfragen, beobachtet und analysiert die Medienentwicklung und nimmt Stellung zu ausgewählten Themen. Die maximal 15 Kommissionsmitglieder sind verwaltungsexterne Expertinnen und Experten aus verschiedenen Fachbereichen der Branche. Die Kommissionsmitglieder sind als Fachpersönlichkeiten jeweils auf vier Jahre gewählt. Sie vertreten verschiedene Ansätze und Positionen. Derzeit wird die Kommission von Anna Jobin präsiert. Als Vize-Präsidenten amtieren Manuel Puppis und François Besençon.